Nummer 353 — Halle, Mittwoch, den 20. Dezember 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zwanzig Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 390.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 390.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 370.00 monatlich. Die achtspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 24.00, im auswärtigen Verkehr Mark 30.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 80.00 im Ortsverkehr und Mark 150.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung. Lanthaus Reinhold Stecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbedingungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Amerikas Bedingungen.

Gedankenaustausch Washington — London — Paris. · · · Deutsche Vorbereitung des neuen Zahlungsplanes. · · · Krisis in der Meerengenfrage: Abschluß oder Abbruch? · · · Straßenkämpfe in Italien. · · · Das Reichsgericht für den Wiederbeschaffungspreis.

Die Schuldenregelung.

Paris, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Washington wird gemeldet: Von eingeweihter Seite erfährt man, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht hat, die europäischen Mächte zu einer neuen und letzten Anstrengung im Hinblick auf die Gewinnung eines Planes zur Regelung der Reparationen anzuregen. Die amerikanische Regierung wäre unter diesen Umständen geneigt

1. an einer offiziellen Untersuchungskommission teilzunehmen, die die Aufgabe haben soll, genau festzustellen, in welchem Ausmaße und bis zu welchem Grade Deutschland in der Lage ist, Reparationszahlungen zu leisten;

2. können die Vereinigten Staaten für den Fall, daß ein endgültiger Plan für die Wiedergutmachungen im Einklang mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgesetzt wird und wenn die europäischen Regierungen sich über einen solchen Plan einig sind, die Versicherung abgeben, daß die amerikanischen Bankkreise geneigt sind, gegen entsprechende Sicherheit eine Anleihe zu zeichnen, die es Deutschland ermöglichen würde, mit der Tilgung seiner Schulden an die Alliierten zu beginnen;

3. die Regierung der Vereinigten Staaten wäre überdies geneigt, in diesem Falle eine entgegenkommendere Politik in der Frage der alliierten Kriegsschulden einzuschlagen, d. h. die Verpflichtung jedes einzelnen Schuldners nach seinen Mitteln und seiner Zahlungsfähigkeit zu beurteilen.

Wie der „New York Herald" mitteilt, werden die Unterhandlungen zwischen Paris und Washington fortgesetzt. Sie bezwecken zuerst die Ernennung einer Finanzkommission, der Vertreter aller Länder angehören werden, die nicht durch den Versailler Vertrag gebunden sind. Diese Kommission werde die Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit festsetzen. Nach einer Londoner Nachricht aus Washington erwartet die amerikanische Regierung immer noch eine Antwort Frankreichs auf die Anregung Hughes, daß ein internationales Bankierkomitee die Höhe der deutschen Reparationsschuld festsetzen müsse.

Keine verstrühten Hoffnungen!

Washington, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Es wird in offiziellen Kreisen bestätigt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich genötigt sieht, Europa darauf hinzuweisen, daß Amerika den Hoffnungen, die jetzt in allen europäischen Blättern gemacht werden, wohl nicht werde entsprechen können. Diese Mitteilung wurde von Seiten Präsident Hardings an alle europäischen Kanzleier gesandt. Man solle nicht an ein Wunder glauben, das für die alte Welt von der neuen käme. Es seien noch außerordentliche Komplizierthelten und schwierige Fragen zwischen den Alliierten zu klären, bevor eine ernstliche Lösung überhaupt ins Auge gefaßt werden kann.

Deutsche Vorschläge für die Pariser Konferenz?

Vor entscheidenden Beratungen in Berlin.

Die von der Reichsregierung seit längerer Zeit gepflogenen Beratungen über die deutschen Vorschläge haben zu einem gewissen Abschluß geführt. Wie verlautet, handelt es sich bisher um die Ergänzung und Ausarbeitung der bereits der Londoner Konferenz vorgelegten Vorschläge. Die Reichsregierung hatte nur mit einzelnen Industriellen verhandelt, ferner mit führenden Persönlichkeiten der Bankwelt. Gegenüber anderslautenden Nachrichten wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß die Reichsregierung auch mit den Gewerkschaften Fühlung genommen hat. Während das bisherige Verhandlungsstadium dadurch gekennzeichnet war, daß angesichts des Ergebnisses der Londoner Konferenz nur eine sogenannte „Zwischenlösung" in Aussicht genommen werden konnte, sprechen verschiedene Zeichen dafür, daß sich die Reichsregierung nunmehr auch für den Gedanken eines „Definitivums" erwärmen wird. Die Forderung, ein Difinitivum in der Reparationsangelegenheit zu erreichen, wurde erst vor kurzem von industrieller Seite nachdrücklichst betont. Die Reichsregierung hat den Reichsverband der deutschen Industrie, der bisher nicht offiziell zu den Beratern der Regierung gehörte, für Donnerstag oder Freitag an den Beratungstisch eingeladen. Von gut unterrichteter Seite wird betont, daß die Regierung nicht mit einem fertigen Projekt vor die offiziellen Vertreter der Industrie hintreten wird, sondern deren Anregungen und Gutachten als mitbestimmend hören will.

Poincare gegen die amerikanischen Bedingungen.

Paris, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré empfing gestern abend die amerikanischen Zeitungsvertreter in Paris und erklärte ihnen, einem Bericht der „Chicago Tribune" zufolge, Frankreich werde keinen neuen Plan annehmen, der auf eine Räumung des Rheinlandes in der nächsten Zukunft hinausliefe. Eine Abänderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, der eine fünfzehnjährige Besetzung voraussieht, dürfe nicht vorgenommen werden. (Im Vertrag ist ausdrücklich die Möglichkeit einer früheren Räumung vorgesehen. D. Red.) Was die Meldungen über amerikanische Anleihepläne für Deutschland anlange, so scheinen diese in der Pariser Presse veröffentlichten Pläne aus Deutschland über Neuyork nach Frankreich gekommen zu sein. (!) Endlich erklärte Poincaré, daß die französische Regierung sich jeder Lösung des Reparationsproblems widersetzen werde, die zu großen Opfer von Frankreich fordern würde.

Zu französischer amtlicher Stelle wurde gestern abend erklärt, die Pläne Poincarés für die „Schaffung produktiver Pfänder" würden streng geheim gehalten. Also, daß diese angeblichen Pläne dieser Art veröffentlicht wurde, beruhe auf Vermutungen. Als autoritativ hätten lediglich die Erklärungen zu gelten, die Poincaré am Freitag in der Kammer gemacht habe. Aus London meldet der „Temps": Die in den englischen Finanzkreisen von Anfang an geäußerten Zweifel über die angeblichen amerikanischen Pläne einer Reparationsanleihe haben sich nunmehr bestätigt. Die Regierung von Washington hat ebenso wie die Finanzgrößen der Neuyorker Börse nicht die geringste Absicht, Deutschland unter den jetzigen Umständen eine öffentliche oder private Anleihe zu gewähren. Die deutschen Großindustriellen haben ihr möglichstes getan, um eine private Anleihe zustande zu bringen. Jedenfalls ist die Idee dieser Anleihe von Amerika abgelehnt worden.

Sondierung der Volksmeinung.

London, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer Mitteilung des „Daily Chronicle" ist das Schweigen des Weißen Hauses in bezug auf die Interventionsabsichten nicht als letztes Zeichen, sondern dahin zu deuten, daß die Regierung die Volksmeinung sondieren will.

Mussolini und der Pariser Kongreß.

Paris, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) „Havas" veröffentlicht folgende Note der „Agenzia Stefani": Es ist wenig wahrscheinlich, daß Mussolini Zeit haben wird, sich nach Paris zu begeben, wenn nicht die diplomatischen Vorbereitungen der Konferenz auf einem Punkt angelangt sind, daß sich die Herstellung von Einigkeit unter den Alliierten als sicher voraussehen läßt.

Ergebnislose Verhandlungen in Lausanne.

Lausanne, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die Meerengenkommissien trat am Dienstag mittag zusammen. Sie verhandelte über die einzelnen Punkte des alliierten Entwurfes, sowie über den türkischen Abänderungsvertrag. Die Russen verlangten aufs neue die Abänderung sämtlicher Artikel des alliierten Entwurfes. Die Sitzung ist abermals ergebnislos verlaufen. Die Vorschläge der Russen wurden von Lord Curzon im Namen der Verbündeten rundweg abgelehnt. Was die türkischen Gegenvorschläge anlangt, so erklärte Lord Curzon zu der Forderung nach weiteren Garantien zum Schutz des Marmarameeres und Konstantinopels, daß die Alliierten nicht weiter entgegenkommen könnten, als wie dies bisher geschehen sei. Als sich die Debatte in die Länge zog, erklärte Curzon, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug: Es müsse ein Ende gemacht werden, ich habe genug davon.

*

Das Triumphgefühl, das die Alliierten vor Wochenfrist etwa mit Bezug auf Lausanne zu empfinden und auch laut genug in der Welt zu verkünden begannen, ist gerade nicht sehr tanzlebig gewesen, und konnte es auch nicht sein, da in der so überaus heiklen Meerengenfrage von den Türken das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Während die Alliierten freudebetrend sich in den Armen lagen und alle Welt glauben zu machen sich anschickten, nun endlich einmal sei auf einer Konferenz eine glückliche politische Atmosphäre geschaffen und in dieser Atmosphäre die Voraussetzung für eine reibungslose friedliche Lösung aller anderen Europa und seine Wirtschaft noch so bedrängenden Probleme, bereitete auf der anderen Seite sich neuer Widerstand vor; und als am Montag Lord Curzon die Sitzung der Meerengenkommission eröffnete, ahnte er, dem für seine Versöhnertätigkeit in Lausanne kurz zuvor noch das Lob seines Kabinettschefs, und zwar seines Königs, ausgesprochen war, noch nicht, daß in dieser Sitzung die scheinbar überbrückten Gegensätze klaffender denn je auseinanderreißen würden. Die Enttäuschung in den alliierten Kreisen ist denn auch allgemein, und daraus auch der zum Teil sehr heftige Ton zu verstehen, in dem Curzon, unterstützt von Franzosen, Rumänen und Tschechen, die Einwände der Türkei gegen den alliierten Vorschlag und den russischen Gegenvorschlag abfertigte. In fast ultimatumdrohender Form hat Curzon die „unwiderruflich letzte" Sitzung der Kommission für heute nachmittag 4 Uhr anberaumt und dabei eindeutig zu verstehen gegeben, daß die Alliierten des Spiels überdrüssig und nicht zu der geringsten Abänderung ihrer vorgeblich weitgehenden Vorschläge bereit sind. Der heutige Tag wird demnach eine politische Machtprobe zwischen Rußland und England sein, deren Anschauungen über das Meerengenproblem diametral entgegengesetzt sind.

Blutige Kämpfe in Turin: 11 Tote.

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Dem „Petit Parisien" wird aus Turin gemeldet, daß zwischen den Turiner Faszisten und den Kommunisten ein Konflikt ausgebrochen ist, im Verlaufe dessen die Faszisten mehrere Schwerverletzte und einen Toten zu verzeichnen hatten. Die Faszisten haben daraufhin mobilisiert und erklärt, daß sie ihre Gefährten rächen wollten. Nachmittags bemächtigten sich mehrere Sturmtrupps der Arbeiterbörse. Mehrere Kommunisten wurden von den Faszisten verhaftet. Ein Kommunist wurde nach der Verhaftung an Ort und Stelle erschossen, ein anderer kommunistischer Arbeiter erhielt drei Revolverschüsse in die Brust. Im Verlaufe der verschiedenen Zusammenstöße fanden elf Personen den Tod.

*

Gleichzeitig wird aus Turin ergänzend gemeldet, daß bei den blutigen Kämpfen die Leitung der faszistischen Partei die gesamte Mobilisierung der Schwarzhemden von Turin angeordnet hat und die kommunistische Arbeitskammer besetzte und in Brand stecken ließ. Das Haus wurde im Laufe der Nacht vollständig zerstört. Im Verlaufe von weiteren Schlägereien wurde der kommunistische Abgeordnete Bagatella, sowie der Stadtrat Baruta getötet. Die Faszisten haben sich mit Waffengewalt mehrerer Kommunisten bemächtigt, die sie in die Polter verschleppten und sie dort solange mißhandelten, bis sie starben. In einer Straße von Turin hat man die Leichen mehrerer Sozialisten gefunden.

Heutiger Stand des Dollars 6670!

Widerstände.

Weder Optimismus noch Pessimismus.

Wer in den letzten Tagen bei aller Unterstreichung und Unterstützung berechtigter Zuversicht nor übertriebenem Optimismus gewarnt hat, für den wird es heute Pflicht, vor dem zu weitgehenden Pessimismus zu warnen, den die letzten Nachrichten aus Amerika und aus den westlichen Nachbarländern in breiten Schichten des deutschen Volkes als Gegenreaktion auf die so plötzlich einsetzende Hoffnungsfreudigkeit auslösen sollen.

Es bestätigt sich, was an dieser Stelle bereits zu wiederholten Malen vorausgesagt wurde, und was jedem politisch weiterblickenden Beobachter der Dinge keine Offenbarung sein kann: von den Zielen, auf die sich die in den jüngsten Tagen geweckten Erwartungen richten, trennt Deutschland, trennt die Welt noch ein weiter Weg, zahlreich und schwer sind die Hindernisse, die dazwischen liegen, und nur äußerste Kraftanspannung, gepaart mit ehrlichem guten Willen nach allen Seiten, wird die Widerstände zu überwinden vermögen. Ebenso, wie anzunehmen war, daß die ersten aus Amerika herübergekommenen Nachrichten über die Interventionspläne der amerikanischen Politik und Finanz in die europäischen Angelegenheiten zwar von tatsächlich vorhandenen Absichten ausgingen, daran aber über die gegenwärtigen Möglichkeiten hinausgetriebene Voraussagen knüpften, war mit Bestimmtheit auf eine baldige, scharf ablehnende Reaktion aus Frankreich zu rechnen. Für diese beiden Entwicklungen stellen sich nunmehr die Belege ein. Auf der einen Seite zeigen die neueren Berichte aus Washington und Neuyork, daß für das Praktischwerden einer amerikanischen Hilfsaktion auf der europäischen Seite Voraussetzungen erfüllt werden müssen, deren Erfüllung außerordentlich schwierig sein wird. Auch die amerikanische Finanzwelt wird sich zu ihrer mit Billigung der Regierung gedachten Anleihe nicht entschließen, ehe nicht die Reparationsfrage geregelt ist, so gern sie nach einer Aeußerung des Bankiers Morgan zu einer Hilfsaktion für Deutschland durch Aufbringung einer großen internationalen Anleihe bereit wäre.

Und andererseits stellt die amerikanische Politik für ihre Zustimmung und Stützung einer solchen Anleihe politische Vorbedingungen hinsichtlich der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse und der Ausschaltung der Gewaltpolitik, die zur Erfüllung zu bringen ebenfalls eine überaus schwierige Aufgabe sein muß. Die Widerstände beginnen bereits mit aller Deutlichkeit und mit der ganzen Stärke der ersten, noch ungehemmten Reaktion hervorzutreten. Offizielle und private französische Instanzen bekunden und betonen sie nachdrücklich. Der französische Ministerpräsident selbst hat sich über die politischen Fragen ausgelassen und betont, daß Frankreich nicht geneigt sei, auf die Rechte zu verzichten, die ihm der Versailler Vertrag Deutschland gegenüber gibt. Ebenso sei es für Frankreich unmöglich, ein Opfer zu bringen, durch das die Lage Deutschlands erleichtert wird. Man muß immerhin beachten, daß diese an sich durchaus verständliche Aeußerung Poincarés recht vorsichtig formuliert war, und daß daneben die Ausfälle gegen ein angebliches Intriguenspiel der deutschen Politik, das sich des Umweges über Neuyork bediene, für die ernsthafte Diskussion kaum sehr ins Gewicht fallen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß man sich in Frankreich darüber vollkommen klar ist, wie die amerikanische und englische öffentliche Meinung jede Gewaltpolitik gegen Deutschland verwerfen, und daß man den Einfluß der öffentlichen Meinung auf die politische Leitung der beiden Länder gebührend einzuschätzen weiß. Auf der anderen Seite versucht man natürlich, in Erkenntnis des noch wenig entwickelten Stadiums der amerikanischen Gedanken und Absichten, sofort eine kräftige, ja eine überkräftige Gegenaktion. Von vornherein war aber gar kein Zweifel daran, daß die amerikanische Politik ihr erstes Ziel darin sehen werde, ihre Absichten nicht gegen, sondern mit den europäischen Alliierten der Verwirklichung zuzuführen. Daß das nicht ohne gründlichen Gedankenaustausch und ohne die Notwendigkeit von Konzessionen zu erreichen sei, war von Anbeginn an klar, und aus dieser Erkenntnis erwächst jetzt der Gedanke der neuen Wirtschaftskonferenz. Er tritt neben die Absicht der Einrichtung einer neutralen Finanzkommission zur Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen, einen Gedanken, dem Deutschland bereits zugestimmt haben soll, daß aber Frankreich nur unter der Voraussetzung beitreten will, daß vorher die Maßnahmen geklärt und festgelegt werden, mit denen Deutschland zur Zahlung gezwungen werden kann.

Also auch hier wieder der Gedanke an Gewaltmaßnahmen, dessen Ausschaltung für Amerika eine unerläßliche Voraussetzung bedeutet, und so sieht man, daß schwierige und langwierige Verhandlungen nötig sein werden, um überhaupt erst einmal den Boden zu schaffen, auf dem dann das amerikanische Projekt aufgebaut werden kann. Die Erkenntnis der Tatsache, daß das ersehnte Ziel der endgültigen Reparationsregelung und der Entlastung für Deutschland nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, scheint leider für viele unter uns eine Offenbarung und damit selbstverständlich auch eine Bestürzung bedeutet zu haben. Sonst sähe man nicht auf überirdische Hoffnungen nun eine überreizte Hoffnungslosigkeit hier und dort einsetzen. Dem jähen Sturz des Dollars ist eine abermalige Steigerung gefolgt, die jedoch bisher wesentlich unter der früheren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221220015/fragment/page=0001

Kursnotiz bleibt, und aus der Tatsache, daß auf dem Markt des täglichen Bedarfs die ersehnten starken Preisrückgänge nicht sofort eingetreten sind, werden sorgenvolle Rückschlüsse gezogen. Es liegt zu einem guten Teil an der eigenen Einschätzung und Zuversicht und an der eigenen Kontrolle über den inneren Markt, daß neue Erschütterungen der Mark und weitere Belastungen des Konsums ausgeschaltet bleiben. Darum heute mit aller Eindringlichkeit die Warnung vor nervösem Pessimismus.

Sozialdemokratische Kampfesweise.

Seitdem sich die Sozialdemokratie gegen den Rat namhafter Führer und gegen eine starke Minderheit in ihrer Fraktion aus der Reichsregierung herausmanövriert hat, fühlt sie das begreifliche Bedürfnis, nachträglich ihre Taktik, den Anhängerkreisen plausibel zu machen, die sie für falsch halten. Sie benutzt dazu immer wieder die steuerpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen und sucht mit bewundernswerter Zähigkeit ihren Parteifreunden im Lande nachzuweisen, daß die Deutsche Volkspartei in der Steuerpolitik alleinherrschend und führend geworden sei, während Zentrum und Demokraten sich willig in die Hörigkeit dieser schwerindustriellen Partei begeben hätten. Als Kronzeuge im Zentrumslager wird ein oppositionelles Zentrumsblatt, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", verwendet, und als Kronzeuge im demokratischen Lager muß der Abg. Dr. Fischer (Köln) herhalten, dem in vornehmer Sachlichkeit seine berufliche Betätigung in der Industrie und im Bankfaxen vorgehalten wird, um daraus zu folgern, „daß ein solcher Mann sehr schwer in der Lage ist, Steuerpolitik anders zu betreiben als unter dem Gesichtswinkel großindustrieller Interessen." Herr Fischer hat sich bereits am vorigen Donnerstag mit großem Erfolg und unter allgemeinem Beifall von der Tribüne des Reichstags herab gegen derartige persönliche Unterstellungen verteidigt und mit Recht hervorgehoben, daß mit ganz derselben Begründung dann auch kein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter imstande wäre, sachliche Steuerpolitik zu treiben. Im übrigen konnte er vor diesem berufenen Forum von Steuersachverständigen auf eine große Zahl von Einzeltatsachen hinweisen, die den sozialdemokratischen Angriff ad absurdum führten. Wenn jetzt der „Sozialdem. Parl.-Dienst", als ob nichts geschehen wäre, den gleichen Angriff wiederholt, so sei auch hier noch einmal festgestellt, daß gerade Herr Fischer sich wie kaum ein anderer Abgeordneter bemüht hat, die offenbare Ungerechtigkeit zu beseitigen, die auch nach seiner Ansicht darin liegt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger viel pünktlicher und früher ihre Steuern abführen müssen als die Besitzenden und Begüterten. Seine bekannten Vorschläge zur Abänderung dieses Mißstandes sind teils von anderen Parteien abgelehnt, teils zur Grundlage der neuen Steuerreform gemacht worden. Bei der Unduchführbarkeit der gesetzten Steuerpolitik, die ihre Entstehung bekanntlich der bestimmenden, ausschlaggebenden Mitwirkung der Sozialdemokratie in der Regierung verdankt, mag es leicht sein, jetzt offenkundige Verdrehungen und Umkehrungen der Wahrheit zu politischen Agitationszwecken zu verbreiten; aber ehrlich ist das ganz gewiß nicht.

Der Großhandelsindex.

Berlin, 20. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Nach den Ermittelungen des Statistischen Reichsamts ist die auf den 15. Dezember berechnete Großhandels-(Stichtag-)Indexziffer von dem 1495fachen am 5. Dezember auf das 1605fache oder um 1,8 Prozent am 15. Dezember zurückgegangen. Damit ist seit dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921 zum erstenmal eine Senkung des Preisniveaus eingetreten.

Der Prozeß gegen Ehrenobermeister Rahardt.

Berlin, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Da der Angeklagte Karl Rahardt heute wieder erschienen ist, wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Der erste Verteidiger von Karl und Erich Rahardt, Rechtsanwalt Fritz Grünspach, führte aus: Die Staatsanwaltschaft hat in den Vordergrund ihrer Ausführungen den Satz gestellt: die Anklagebehörde sei von Anfang an von der Schuld des Angeklagten überzeugt gewesen. Dieser Satz ist kein Ruhm für die Behörde. Sie ist nicht zweifelnd, sondern mit einer festgefügten Unterstellung bei den Ermittlungsverfahren geleitet worden. So erklären sich auch die verschiedenen auffallenden Vorgänge im Ermittlungsverfahren, dessen lange Dauer dadurch verschuldet habe, daß sie Rahardt gerade habe, seine Aussagen zu verweigern. Hier wird Ursache und Wirkung verwechselt. Die Verteidigung hat diesen Rat nur erteilt, weil sie Mißtrauen in die Objektivität der Untersuchung setzen mußte. Es ist unerfindlich, daß die Strafe das Leben eines Mannes, dessen hohe Verdienste um das Handwerk der Staatsanwalt selbst anerkannt hat, durch eine einzige am Lebensabend begangene Tat vernichten soll. Man kann an der Justiz irre werden, wenn man den Strafantrag mit Urteilen in anderen Prozessen vergleicht, beispielsweise mit dem menschenlosen Urteilsfall gegen Maximilian Harden. Schließlich ist von der Anklage nichts weiter übrig geblieben, als die Behauptung, daß Rahardt für die Handwerkskammer, deren Interessen ihm anvertraut waren, eine gute Wiederherstellung ihres Gebäudes und für sich 50 000 Mark erzielt haben soll. — Rechtsanwalt Dr. Schumann begründete dann die Anklagepunkte wegen Untreue und Betruges gegenüber der Dresdner Bank und der Hauptstelle. Es sei festgestellt, daß die Dresdner Bank nicht geschädigt worden sei. Die Hauptperson habe nicht nur keinen Pennig verloren, sondern Berkuste von Hunderttausenden vermieden. Die Anklage wegen der Bestechlichkeit sei hinfällig, denn Rahardt war frei gewählt und kein Beamter. Weiter beschäftigte sich der Verteidiger mit dem Betrugsfall wegen Ankaufs von Mull. Es stehe fest, daß Erich Rahardt weder den Ein- noch Verkauf getätigt habe, er könne also strafbare Handlungen nicht begangen haben.

Erwerbslosenkumulte im Thüringer Landtag.

Weimar, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung. In der heutigen Sitzung des Landtages kam es bei den Anträgen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten wegen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Ergreifung anderer Hilfsmaßnahmen auf den beiden von Erwerbslosen aus ganz Thüringen überfüllten Tribünen zu unerhörten Auftritten. Als der Präsident geschäftsordnungsmäßig bekannt gab, daß die Anträge morgen behandelt werden sollen, erhob sich auf den Tribünen ein ungeheurer Lärm, der jede Äußerung des Präsidenten und der Minister unmöglich machte. Die Demonstranten verlangten sofortige Beratung und Beschlußfassung. Trotz wiederholter Mahnungen des Präsidenten zur Ruhe, tobten die durch die vorausgegangenen Reden der kommunistischen Abgeordneten Dr. Neubauer und Zimmermann aufgeregten Massen weiter, so daß die Sitzung abgebrochen, und ein zur Landespolizei rekrutiert werden mußte, die Tribünen zu räumen. Die Demonstranten setzten ihre Kundgebung auf dem Fürstenplatz vor dem Landtagsgebäude fort, model der Abgeordnete Neubauer von den Stufen des Denkmals abermals eine aufreizende Rede hielt. Schließlich wurde der Platz durch Landespolizei völlig abgesperrt.

26 politische Geheimbündler verhaftet.

Altona, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Der politischen Polizeiabteilung in Altona war schon seit längerer Zeit bekannt, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze der Republik die Geheimbündler ihre Zusammenkünfte nicht mehr in die Wirtschaften, sondern in die Kontore einzelner Geschäftshäuser verlegt haben. In letzter Nacht wurde das Kontor einer Fabrik in der Lagerstraße von Beamten überholt und dort 25 Herren angetroffen, die der Geheimorganisation „Schwarz-Weiß-Rot" angehören. Sämtliche Herren wurden dem Polizeigefängnis zugeführt.

Zwischen Aerzten und Krankenkassen ist, um den Aerztestreik am 1. Januar 1923 zu vermeiden, ein kurzer Waffenstillstand geschlossen worden. Mitte Januar soll durch neue Verhandlungen ein endgültiger Friede verzeitt werden.

Warnung vor Ausschreitungen gegen Ausländer. Amtlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit häufen sich die Beschwerden der Berliner Vertreter fremder Staaten über eine unfreundliche oder gar feindselige Haltung einzelner Personen gegenüber den bei uns weilenden Ausländern. Dies gibt Veranlassung, auf die Folgen hinzuweisen, die Ausschreitungen gegen hiesige Ausländer für Deutschland zeitigen könnten. Jeder sollte sich im Verkehr mit Fremden vergegenwärtigen, daß sein Verhalten die ohnehin notleidende Allgemeinheit und unsere Landsleute im Auslande in ernste Schwierigkeiten bringen kann.

5400 Mark Tagelohn! Die Danziger Hafenarbeiter bezogen bisher 4600 Mark Tagelohn. Nachdem dieser Tarifvertrag dieser Tage abgelaufen ist, forderten die Hafenarbeiter einen Tagelohn von 6000 Mark, nahmen aber schließlich das Angebot der Arbeitgeber, das den Lohn auf 5400 Mark pro Tag erhöht, an.

Die Schwerkriegsbeschädigten in Deutschland. Nach einer amtlichen Feststellung gibt es heute in Deutschland etwa 250 000 Schwerkriegsbeschädigte. Dazu kommen weitere 100 000 Schwerunfallbeschädigte. Von diesen 350 000 Schwerbeschädigten sind zurzeit etwa 17 000 ohne Arbeit. Von diesen 17 000 ist ungefähr die Hälfte dauernd arbeitsunfähig. Die übrigen 8 bis 9000 sind bis jetzt nicht beschäftigt — obwohl 22 000 Arbeitsplätze für diese Schwerkriegsbeschädigten vorhanden sind — weil die erforderlichen Umzüge und die Wohnungsbeschaffung große Schwierigkeiten machen.

Ein neuer welfischer Abstimmungsantrag wird vom Reichstagsabg. Alpers angekündigt, er soll — wie der eben abgelehnte — eine Volksabstimmung in den Regierungsbez. Lüneburg und Stade verlangen und nur formgerechter sein. Herr Alpers setzt sich über die Besorgnisse der Rheinländer über das welfische Vorgehen leicht hinweg mit der Behauptung, im Mai, wenn die Volksabstimmung in Hannover erfolge, sei die rheinische Krise im deutschen Sinne längst beigelegt. Herr Alpers ist ein großer Optimist, sowohl in der Abstimmungsfrage wie in der rheinischen Entscheidung. Er wird schwere Enttäuschungen in beiden erleben.

Ausprägung von Ersatzmünzen. Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf über die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennwerte von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark zugegangen.

Das radikale Ministerium Zahle in Dänemark wurde, wie man sich erinnert, im März 1920 vom König in einer Weise entlassen, über deren verfassungsmäßige Zulässigkeit die Meinungen sich schroff gegenüber standen. Der Sturz wurde allgemein darauf zurückgeführt, daß sich das Ministerium nicht zu einem Länderraub an deutschem Gebiet über die Ergebnisse der Abstimmung hinaus bergeben wollte. Neue Enthüllungen in Dänemark zeigen, daß die Kaiserin-Mutter von Rußland, Dagmar, bekanntlich eine dänische Prinzessin, hinter der nationalistischen Mühlarbeit stand. Die Zarinmutter ist von jeher als eine ganz besonders wilde Deutschfeindin bekannt gewesen.

Der österreichische Bundespräsident hat Dr. Zimmermann, den Oberbürgermeister von Rotterdamm, den der Völkerbund zum Kontrollkommissar für Oesterreich ernannt hat, in feierlicher Audienz empfangen. Mit diesem Empfang verliert Deutsch-Oesterreich seine politische Souveränität.

Rebellengericht in Dublin. In Dublin wurden von den Freistaatsbehörden sieben Mann hingerichtet, nachdem das Kriegsgericht sie verurteilt hatte. Sie gehörten zu dem Trupp von 10 Mann, die vor einiger Zeit Attentate verübten, um den Verkehr auf den großen westlichen und südlichen Eisenbahnlinien zu stören. Sie rissen die Schienen auf und plünderten Güterzüge.

Belgischer Kampf gegen das Spekulantentum. Die belgische Regierung beabsichtigt, wie schon neulich kurz gemeldet, mit großer Schärfe gegen die Spekulation vorzugehen. Sie hat die Absicht, so rasch wie möglich eine Sachverständigenkommission zu berufen, um die auf diesem Gebiete einzuschlagenden Maßnahmen gegen die Spekulation einzuleiten. Der Bericht dieser Sachverständigen soll die Grundlage eines Gesetzes bilden, das der Finanzminister so rasch wie möglich der Kammer zugehen läßt und das ehestens in Kraft treten soll, weil die Spekulation für den belgischen Kurs als äußerst gefährlich angesehen wird.

Verhaftete Sowjetdiplomaten. Mehrere Sowjetdiplomaten sind unter der Anschuldigung, mit russischen Monarchisten in Verbindung zu stehen, verhaftet worden. Einer von ihnen, namens Valentinoff, soll ein besonderer Vertrauter Tschitscherins gewesen sein.

Neue Verhaftungen in Warschau.

Ein Komplott zur Ermordung Narutowicz.

Warschau, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Hier wurden auch der Bruder des Mörders des polnischen Staatspräsidenten und zwei gewesene Adjutanten des Generals Haller sowie wie Oberst des Generalstabschefs verhaftet. Die Kommandanten von Krakau und Przemisl wurden von ihren Posten entsetzen. Schließlich wurden gegen einige Offiziere der Armee Untersuchungen eingeleitet, darunter gegen den Schwager des Führers der nationaldemokratischen Partei Dubanowicz. Die linksstehende politische Presse folgert daraus, daß es sich doch um ein Komplott handelt.

Zwölf Millionen Mark Belohnung. Eine ungewöhnlich reiche Beute an Pelzen und Fellen machten Einbrecher in einem großen Pelzhause in der Friedrichstraße in Berlin. Sie verschafften sich gewaltsam Einlaß in die Räume und schafften dann mit fahrbaren Körben für nicht weniger als 120 Millionen Mark Pelze und Felle fort. Auf die Wiederherbeischaffung hat die geschädigte Firma eine Belohnung von 12 Millionen Mark ausgesetzt.

Zu Mk. 92.50 wöchentlich

kann die „Saale-Zeitung" in nachstehenden Geschäftsstellen abgeholt werden:

Alte Promenade 10	Mitteldeutscher Verlag, Buchhandlung:
Bernhardstraße 51 (Ecke Südstr.)	O. Nürnberger, Zigarrengeschäft;
Bälberger Weg 6	Karl Gramm, Zigarrengeschäft;
Breite Straße 14	Paul Sonntag, Kolonialwarengeschäft;
Forsterstraße 37	A. Meyer, Zigarrengeschäft;
Friedrichsplatz 6	Marie Brink, Weißwarengeschäft;
Friedrichstraße 1	Reinhold Poser, Zigarrengesch.
Glaucharer Straße 10	Paul Mertens, Kolonialwarengeschäft;
Große Steinstraße (Ecke Kirchgartenstr.)	Siegismund Päß, Zigarrengeschäft;
Große Ulrichstraße 18	F. Hartmann, Zigarrengeschäft;
Hardenbergstraße 16	Robert Müller, Friseur;
Leipziger Straße 84	M. Müller, Zigarrengeschäft;
Ladenbergstraße 29	P. Schröder, Papierhandlung.
Landwehrstraße 7	A. Wenzke, Zigarrengeschäft;
Ludwig Wuchererstr. 1	Anna Königsmann, Buchdlg.;
„ „ 54	Heinrich Frosch, Zigarrengeschäft;
Mansfelder Str. 50	Paul Lang, Kolonialwarengesch.;
Marktplatz 24	Otto Hendels Buchhandlung;
Mühlweg 22 (Ecke Bernburger Str.)	Emil Tzscher, Zigarrengeschäft;
Neue Promenade 1a	Hauptgeschäftsstelle;
Reilstraße 114	Herm. Schmidt, Zigarrengesch.;
Riebeckplatz (a. d. Goldenen Kugel)	B. Matzfeld, Buchhandlung;
Sophienstraße 9	Röhlings Nachf., Papierwarengesch.
Steinweg 29 (Russischer Platz)	Frau; Kopsch, Zigarrengeschäft;
Steinweg 46-47 (Ecke Taubenstr.)	Siegismund Päß, Zigarrengeschäft;
Triststraße 24, pt. L	Zweiggeschäftsstelle Giebichenstein.

Um Friedrich Nietzsche.

Von Dr. Wolterstorff.

Unsere Gegenwart, die den furchtbarsten Zusammenbruch des Geistes des Materialismus erlebt hat, tastet nunmehr hilflos nach Werten, die Vater haben möchten, und wendet sich mit geheimstem Interesse der Philosophie zu, um in ihr Trost und Rettung zu finden. Besonders ist es Friedrich Nietzsche, der neue Anhänger gewinnt. Mit ihm setzen sich zwei kürzlich erschienene Schriften auseinander, die die Beachtung nicht nur der Anhänger Nietzsches und allgemein philosophisch interessierter Kreise verdienen, sondern die der allem die Aufmerksamkeit derer auf sich lenken, die praktische Philosophie treiben wollen. Walter von Hauf, wählt Fr. Nietzsche zum Helden eines Romans, den er betitelt hat: Im Siegeswagen des Dionysos (Wir-Verlag, Berlin 1922). Rückschauend läßt er Nietzsche an dem letzten Geburtstag, den dieser in geistiger Eigenheit erlebte, den Gang und die innere Entwicklung seiner Gedanken überschauen. Mit außerordentlich tief eingedrungenem Verständnis, zugleich auch im Anschluß an die getragene, feierliche Sprache Nietzsches weiß der Verfasser das Einheitliche in dem Denken seines Helden darzustellen und alle Widersprüche, die sich an ihm bei oberflächlicher, stückweiser Betrachtung zu bieten scheinen, in das Bett einmündesselben Gedankenstromes einzubinden. Im unentwegten Streben nach Wahrheit und Erkenntnis, in unbedingtester Lebensbejahung, die ihm dionysisch heißt, überwindet Nietzsche schwer ringend, aber mit dem Machtwillen eines Löwen Philisterthum und Freundschaft — Richard Wagner, Erwin Rohde, die Teubnersche Buchhandlung, sein eigener Verleger, die Universität kehren sich von dem Einsamen, bald er sich von ihnen ab — überwindet er die „Hangen" der Wissenschaft nebst Stellung und Beruf, und endlich sucht er selbst die Begriffe von Zeit und Ziel, Gewissen, Glaube, Vorsehung, Christentum und Gott zu überwinden. Das Goethesche Wort von dem Vergänglichen, das nur ein Gleichnis ist, wandelt sich ihm allmählich in die gerade Umkehrung: „Das Unvergängliche ist nur ein Gleichnis!" Im Gegensatz zum weichen Christentum, das Liebe und Mitleid zur Religion der Kranken und Schwachen gemacht haben, wendet sich Nietzsche an die Gesunden und Starken, die in der Welt des Zufalls und der Freiheit über alles Lebensunfähige hart, unerbittlich und diktatisch hinwegschreiten sollen zur schließlichen Form des Dionysos, des Uebermenschen, in dem sich alle Widersprüche zur Einheit zusammenfinden. Aus der Darstellung des Verfassers geht mit grausiger Deutlichkeit hervor, daß die Gewaltmenschen, zu denen sein Held sich selber fürchterlich ausgerüstet nennt, zur Katastrophe führen und daß er unter ihrer Last zusammenbrechen und in die Irre des Wahnsinns treiben mußte, wie alle scheitern müssen, die die Grenzen der Naturgegebenheit zu sprengen suchen.

Dem Kenner Nietzsches gibt die klare Anlage des Buches eine willkommene Zusammenfassung der Ideen, in denen sich Nietzsche bewegt hat, dem philosophisch Interessierten ist es eine beaueme, lehrreiche Einführung in seine Gedankenwelt.

Eine interessante Projizierung und Anzuwendung Nietzschescher Gedanken, im besonderen seines Zarathustra auf die irdische Wirklichkeit unserer Gegenwart liegt in einem von Franz Kaiser geschriebenen Buch vor, das bei Lehmann-München 1921 unter dem Titel: Im Anfang war der Streit: Nietzsches Zarathustra und die Weltanschauung des Altertums (geh. 180 M., geb. 300 M.) erschienen ist. In 23 Kapiteln, die die Ueberschriften der 23 Kapitel des ersten Teiles von Nietzsches Zarathustra tragen, bekämpft der Verfasser nach dem Vorbilde seines Meisters alles Weichliche, Herrenlose, Anarchistische, Milde, Mitleidige, Verzeihende, das sich in der Gegenwart unter den verschiedensten Formen ausgebreitet hat: das sogenannte aufgeklärte Christentum, das in Wahrheit ein Christentum „ohne Kopf" sei, und das „Menschlich-allzu-Menschliche" der Freidenker, Liberalen, Monisten, Humanen, Weltverbrüderer, Judenchristlichen, Friedensfreunde, Franzenrechtler, Gleichmacher, Völkerbeter und Sozialdemokraten, wo überall nur Rechte, nirgends Pflichten anerkannt werden. Ohne scharfe Gegensätze und mitleidslosen Kampf schwindet jede Möglichkeit zur Aufwärtsentwicklung menschlicher Art, ja wahre Freundschaft ist nur nach vorangegangener Feindschaft möglich, denn erst der Streit bedeutet Persönlichkeitsbestimmung. Ewiger Friede wäre ein biologisch unhaltbarer Zustand, unter dem die Schöpfung den Wärmetod sterben würde, und Duldsamkeit ist vom biologischen Standpunkte aus ein Verbrechen am aufsteigenden Leben. Strenge, Härte, Strafe, Haß, die Weisheit allein ist dem Menschengeschlechte not, und weil seine Machthaber nicht fähig waren zu straten, wird das deutsche Volk auf unabsehbare Zeit ein Trümmerhaufen bleiben. Die Heraufsuchtz einer Herrenrasse, die jeweilig aus dem Erbe der Väter aufbaut, ist die Bedingung für allen Fortschritt, die Gewähr für das Bestehen eines Staates. Der Wille einzelner, eines einzelnen ist immer entscheidend für kulturellen Aufstieg, für das Geschehen schlechthin, und dieser Wille der Lebenstüchtigen muß imstande sein, sich von den Fesseln selbst des Kausalgesetzes zu befreien, sich über die Gesetze der Materie, deren Sklaven ihn das freien Willens begeben, zu erheben.

Schon und nur im Altertum hat der Verfasser den Kern seiner Lehre ausgesprochen gefunden, denn Heraklit war es, der den Streit den Ursprung aller Dinge nannte. Ebenso bietet ihm das Altertum die bestbar vollkommenste Verwirklichung seines Ideals. Die harte Zucht der Spartaner ist dem Verfasser mit Recht Vorbild für die Erziehung nicht nur der Kinder, sondern der Staatsbürger überhaupt. Vorbildlich seien uns Modernen in gleicher Weise die Achtung des gesamten Altertums vor der Weisheit des Alters, vor geistigen Werten; die Strenge römischer Politik, die sofort wußte, wie mit Spartakus und seinem Anhang zu verfahren war; die Auferlegung vieler Pflichten und die Zubilligung nur sehr weniger Rechte dem Staate gegenüber; ein staatlicher Subjektivismus — der Verfasser hängt der ebenfalls dem Altertum entstammenden, keineswegs erst modern-jüdischen Relativitätslehre an — und Egoismus. Schließlich kann nur der Cäsarismus eines Sulla uns Deutschen die Rettung aus dem drohenden Untergang bringen. So tritt aus dem ganzen Buche uns die eindringliche Losung entgegen: durch Streit zurück zur kraftvollen Weltordnung des Altertums! „Der Deutsche war nur groß, als er klassische Bildung und antiken Geist einsog".

Der Verfasser geht trotz unbedingter Anhängerschaft an Nietzsche doch nicht sklavisch dessen Lehren nach, ist sich im Gegenteil wohl bewußt, gelegentlich über den Meister sogar hinauszugehen. Diese Selbständigkeit und die Eigenart der praktischen Umsetzung Nietzschescher Gedanken macht die Schrift überaus reizvoll und lesenswert, selbst wenn, was immer beim Uebergang vom Ideellen zum Realen der Fall sein wird, nicht genug Menschliches-allzu-Menschliches mit in die Rechnung eingesetzt und darum hier und da einmal eine nicht zu verwirklichende oder zu weit gehende Forderung aufgestellt wird.

Die Reliquien des Heiligen Alexander Newski in einem Museum! Im Mai d. J. wurde, wie noch erinnerlich sein dürfte, der Sarkophag mit den Gebeinen Alexander Newskis, das größte Heiligtum Petersburgs, von den Bolschewisten geöffnet. Der barbarische Eisenne Sarg wurde in die Eremitage geschafft und die Gebeine des Heiligen untersucht. Dabei stellte es sich heraus, daß der Sarg die sterblichen Reste zweier Menschen enthielt. Trotzdem versiegelte man die Knochen wieder in einem hölzernen Sarg, und dieser war nach wie vor Gegenstand inbrünstiger Verehrung durch die Gläubigen in dem berühmten Kloster des Heiligen. Jetzt hat man die Reliquien endgültig aus dem Kloster entfernt und sie nach Moskau in ein Museum geschickt.

Der erste weibliche Rechtsanwalt in Deutschland. In München ist Fräulein Dr. Maria Otto als Anwalt beim Oberlandesgericht und den beiden Landgerichten zugelassen worden. Sie ist damit der erste weibliche Rechtsanwalt in Deutschland. In der Schweiz gab es, obwohl die politische Gleichberechtigung der Frau dort nicht durchgeführt ist, schon vor dem Kriege weibliche Anwälte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221220015/fragment/page=0002